



I - Ordnung und Soziales

Unterbringung von Spätaussiedlern, Flüchtlingen und Asylbewerbern

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Ausschuss für Schule und Soziales	Ö	25.05.2011	Kenntnisnahme

Der Fachausschuss wurde zuletzt in seiner Sitzung am 14.04.2010 unter TOP 1.16.2 ausführlich über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern, Flüchtlingen und Asylbewerbern unterrichtet.

Spätaussiedler

Verwiesen wird zunächst auf die Zusammenstellung der erfolgten Aufnahmen von Aussiedlern und Spätaussiedlern seit 1990 (Anlage 1). Daraus wird die Entwicklung der Aufnahme dieses Personenkreises sehr deutlich. Im Jahr 2009 wurden nach dreijähriger Pause noch einmal 12 Personen aufgenommen. Die damalige Zuweisung ist mit der Bezirksregierung Arnsberg abgestimmt worden, da die Stadt Wipperfürth in der Lage war, kurzfristig Wohnraum zur Verfügung zu stellen. 2010 ist keine Zuweisung bzw. Aufnahme erfolgt. Am 12.05.2011 ist es noch einmal zur Aufnahme einer Spätaussiedlerin aus Russland gekommen. Diese Dame ist bei Verwandten untergekommen. Wenn es zu einer Weiterleitung von Spätaussiedlern durch die Bezirksregierung Arnsberg kommt, erfolgt dies mit einem zeitlichen Vorlauf, so dass sich insbesondere Angehörige um die Versorgung mit Wohnraum kümmern können. Die Stadt Wipperfürth hat keine Möglichkeit mehr, Spätaussiedler in Übergangsheimen unterzubringen. Dies ist auch durch die Bezirksregierung nicht gewollt. Neuankommende Spätaussiedler sollen nach Möglichkeit sofort mit endgültigem Wohnraum versorgt werden oder durch Verwandte aufgenommen werden. Davon auszugehen ist, dass sich mittlerweile alle Kommunen von ihren ehemaligen Übergangwohnheimen für Spätaussiedler getrennt oder Gebäude einem anderen Zweck zugeführt haben.

Der Zuzug von Spätaussiedlern ist abgeebbt. Es ist nicht mehr davon auszugehen, dass die Aufnahme von Spätaussiedlern in den kommenden Jahren noch einmal anziehen wird. Bei in Polen lebenden Deutschstämmigen wird bereits seit Jahren kein sogenanntes Verfolgungsschicksal und kein sog. Vertreibungsdruck mehr unterstellt. Dasselbe gilt mittlerweile auch für die baltischen Staaten. Dies bedeutet, dass aus diesen Staaten grundsätzlich nicht mehr mit dem Zuzug von Spätaussiedlern zu rechnen ist. Aus den sonstigen Nachfolgestaaten der UdSSR ist dies immer noch möglich. Davon auszugehen ist jedoch, dass der bei weitem überwiegende Teil der deutschstämmigen Bevölkerung, der überhaupt ausreisewillig ist, im Bundesgebiet angekommen ist. Die Hürden für eine Aufnahme als Spätaussiedler sind vor einigen Jahren höher gelegt worden. Insbesondere muss sich jeder ausreisewillige Deutschstämmige einem Sprachtest unterziehen um nachzuweisen, dass die deutsche Sprache bereits im Herkunftsland beherrscht wird. Hieran scheitert bereits sehr oft die Aufnahme.

Es ist aus heutiger Sicht nicht mehr damit zu rechnen, dass es noch einmal zu einem Zustrom von Spätaussiedlern kommen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass immer mal wieder Spätaussiedler, die persönliche Bindungen zu hier Lebenden haben, nach Wipperfürth zugewiesen werden. Wenn dies geschieht, erfolgt dies in enger Abstimmung zwischen der Bezirksregierung Arnsberg und der Stadt Wipperfürth. Eine endgültige wohnungsmäßige Versorgung war in der Vergangenheit kein Problem.

Asylbewerber

Alle Kommunen im Bundesgebiet sind immer wieder verpflichtet, Asylbewerber (ausländische Flüchtlinge) aufzunehmen. Die Stadt Wipperfürth hatte ihre Aufnahmequote am 31.03.2011 mit 119,66 % = 4 Personen übererfüllt (Anlage 2). Dies hat insbesondere daran gelegen, dass Ende 2010 eine 6-köpfige Familie aus Mazedonien, für die Asylfolgeanträge gestellt worden sind, zum 2. Mal nach Wipperfürth zugewiesen worden ist und erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Monaten auf das sogenannte Aufnahme-Soll angerechnet wurde. Durch die verspätete Anrechnung ist es in 2011 zur Zuweisung von 2 weiteren Asylbewerbern gekommen. Einschließlich der 6-köpfigen Familie sind in 2010 insgesamt 22 Asylbewerber in Wipperfürth aufgenommen worden. Neben der Familie aus Mazedonien ist eine 4-köpfige Familie ebenfalls durch einen Asylfolgeantrag aus Bosnien aufgenommen worden. Beide Familien konnten sofort wohnungsmäßig versorgt werden. Die Familie aus Mazedonien wird das Bundesgebiet am 13.05.2011 wieder verlassen und freiwillig in das Heimatland zurückkehren.

Bei den anderen seit dem 01.01.2010 aufgenommenen Asylbewerbern handelt es sich um Männer aus folgenden Staaten:

Afghanistan
Nigeria
Irak
Aserbaidschan
Ägypten
Guinea
Iran
Marokko
Libanon
Mazedonien
Kosovo

Alle Männer werden in der Gemeinschaftsunterkunft Bahnstraße 7 (Alte Post) untergebracht. Momentan leben 16 Personen in der Bahnstraße. 13 weitere nach hier zugewiesene Asylbewerber halten sich mit Kenntnis der Stadt Wipperfürth woanders auf, da sie dort aus einer Erwerbstätigkeit heraus oder durch Unterhaltszahlungen in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mit einer Rückkehr dieser 13 Personen ist zumindest grundsätzlich jederzeit zu rechnen. Es wird in der Zukunft sicherlich immer wieder mit der Zuweisung weiterer Asylbewerber zu rechnen sein, da die politischen Verhältnisse in einem Teil dieser Welt dies erwarten lassen. Noch vor einigen Jahren hatte Wipperfürth keine Asylbewerber aus dem arabischen oder afrikanischen Raum. Dies hat sich durch die politischen Verhältnisse in vielen Staaten aus den genannten Bereichen grundlegend verändert. Es muss leider damit gerechnet werden, dass es immer wieder politische Schief lagen in Teilen unserer Welt

gibt, durch die sich die Bewohner gezwungen sehen, in anderen Staaten Asyl zu suchen. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, wann die nächsten Asylbewerber, aus welchen Herkunftsstaaten auch immer, nach Wipperfürth zugewiesen werden.

Sollte es zu Zuweisungen von Frauen kommen, wird es jeweils Einzelentscheidungen zur Unterbringung geben müssen. Es wird in diesen Fällen jedoch nicht zu einer Unterbringung in der Bahnstr. 7 kommen. Bei zugewiesenen Familien wird auch in Zukunft versucht, sie sofort in einer Mietwohnung unterzubringen. Vorübergehende sonstige Unterbringungen von Familien können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Das Zusammenleben vieler Personen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen, mit unterschiedlicher Sprache und Religion, mit einem möglicherweise unterschiedlichen Rechts- oder Unrechtsbewusstsein, ist nicht einfach. Aus diesem Grunde kommt es immer wieder zu Konflikten in der Gemeinschaftsunterkunft. Die Sozialarbeiterin, Frau Abel, ist durch ihre Tätigkeit als Senioren- und Pflegeberaterin nur noch in einem geringen Umfang in der Lage, sich der Probleme der Asylbewerber anzunehmen; trotzdem nimmt sie in diesem Bereich noch Aufgaben wahr. Ein Großteil der Betreuungsarbeit wird daher durch den Hausmeister, Herrn Hans Kiewardt, geleistet, der zusätzlich Arbeitsanleiter der 1-€-Jobber bzw. der gemeinnützig Arbeitenden ist. Die Mitarbeiter des Sozialamtes versuchen darüber hinaus immer wieder, bei Konflikten einzugreifen.

Ganz grundsätzlich werden alle Asylbewerber zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit herangezogen. Dies sieht das Asylbewerberleistungsgesetz so auch vor.

Der gesamte Bereich der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern ist sowohl für die Asylbewerber als auch für die Mitarbeiter der Verwaltung sehr schwierig. Es müssen immer wieder Wege für ein Miteinander gefunden werden. Oftmals sind diese Wege sehr steinig.

Anlagen:

Anlage 1: Aufnahme von Aussiedlern und Spätaussiedlern seit 1990

Anlage 2: Übersicht ausländische Flüchtlinge